

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1925

17.6.1925 (No. 137)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: C. K. M. e. n. Karlsruhe

Ergebnis: Karlsruher Zeitung Nr. 14
Telefon: Nr. 953 und 954
Postfach: Karlsruhe Nr. 3515

Bezugspreis: Monatlich 2,60 Goldmark einschließlich Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Goldpfennig, Samstags 15 Goldpfennig. — Anzeigengebühr 12 Goldpfennig für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifmäßiger Rabatt, der als Kassensrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, Zwangsweiser Verteilung und Konturverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Brand, Übersetzungs-, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsabschluss erfolgen. — Inverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verantwortung für irgendwelche Vergütung übernommen. — Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags. Beilagen zur Karlsruher Zeitung: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Amtlicher Teil

Abgabe von Reichstreu

Die Forstabteilung des Finanzministeriums hat heute folgenden Erlass an die Forstämter gerichtet:

Auf Grund der Verhandlungen im Haushaltsausschuss des Landtags soll im Hinblick auf die schlechte Strohernte im vergangenen Jahr das laufende Jahr bis zum Eintritt der Ernte als Notjahr anerkannt werden. Es soll daher mit möglichster Beschleunigung in Gemeinbewaldungen und für nicht waldbesitzende Gemeinden aus Staatswaldungen Reichstreu an streuberechtigten Landwirte in weitmöglichstem Umfang zur Verfügung gestellt werden. In Staatswaldungen kann die Abgabe aus der Hand um einen Anschlag erfolgen, der den niederen Futterpreisen entspricht und etwa in der Höhe eines Drittels des geordneten Anschlags liegt. Um die Streuentnahme nicht zu verzögern, kann bei dem Verfahren über die Streuentnahme aus Gemeinbewaldungen die Streu sofort abgegeben werden, wenn ein entsprechender Gemeindebeschluss vorliegt. Durch die Einholung der Staatsgenehmigung soll die Abgabe nicht verzögert werden. Eine Anrechnung auf den Stiebsatz soll nur dort stattfinden, wo in den letzten 2 Jahren bei der Neueinrichtung eine wesentliche Erhöhung des Stiebsatzes erfolgt ist.

Der Herr Finanzminister legt besonderen Wert auf eine rasche und entgegenkommende Behandlung der vorhandenen und noch einkommenden Gesuche um Abgabe von Reichstreu im Rahmen der obigen Anordnung.

Das Strafverfahren gegen Amtsrichter Weeber in Forzheim wegen Beleidigung des Staatspräsidenten

Der Staatspräsident hat gegen den Amtsrichter Weeber in Forzheim wegen dessen mehrfach in der Presse wiederergebener Äußerungen in Wahlversammlungen in Eutingen und Dieblingen Strafantrag wegen Beleidigung gestellt. In der hierauf eingeleiteten Voruntersuchung hat der Angeeschuldigte dem Untersuchungsrichter förmlich erklärt:

er sehe ein, daß er durch jene Äußerungen den Staatspräsidenten schwer beleidigt habe, und daß die Äußerungen im Hinblick auf die Stellung des Angegriffenen und auf seine, Weebers Stellung, als badischer Beamter, besonders ungehörig gewesen seien; er nehme seine Äußerungen mit dem Ausdruck aufrichtiger Bedauerns zurück und bitte den Staatspräsidenten um Entschuldigung.

Amtsrichter Weeber hat dabei gebeten, diese Erklärung dem Staatspräsidenten zur Kenntnis zu bringen und ihm Gelegenheit zu geben, sich auch noch persönlich bei dem Staatspräsidenten entschuldigen zu dürfen. Der Staatspräsident hat die schriftliche Absicht des Amtsrichters Weeber sowie dessen persönliche Entschuldigung entgegengenommen und sich daraufhin entschlossen, den gestellten Strafantrag zurückzuziehen.

Im Hinblick auf diese Erledigung des Strafverfahrens wurde die mit Zustimmung des Disziplinarhofs für richterliche Beamte seinerzeit erfolgte, vorläufige Amtsenthebung des Amtsrichters Weeber vom Justizminister wieder aufgehoben. Das Disziplinarverfahren gegen Weeber hat beim Disziplinarhof für richterliche Beamte seinen Fortgang.

Im Aufwertungsausfluß des Reichstags

antwortete Reichsbankpräsident Dr. Schacht auf die an ihn vom Abg. Dr. Quessel (Soz.) gerichtete Anfrage, ob die Reichsbank eine Aufwertung der in der Inflationszeit gewährten kurzfristigen Darlehen für möglich halte. Reichsbankpräsident Dr. Schacht verneinte dies. Es habe sich gezeigt, daß die von der Privatwirtschaft beanspruchten Kredite Mitte 1922 nicht erheblich waren und selbst in ihrem höchsten Stand nur geringfügig gewesen sind gegenüber den Krediten, die das Reich durch die Ausgabe kurzfristiger Schatzwechsel aufgenommen hat. Im Jahre 1923 seien bei der Reichsbank Kredite an Kommunen und andere öffentliche Stellen gewährt worden, insbesondere zur Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln oder zur Beschaffung von Rohstoffen. Soweit bei Krediten dieser Art überhaupt Vorteile aus der Geldentwertung gezogen worden sind, dürften sie in der Hauptsache der Bevölkerung unmittelbar zugute gekommen sein. Ein Hauptteil der 1923 gewährten Kredite entfiel ferner auf diejenigen, die im Interesse der besetzten Gebiete anlässlich der durch den Einbruch der Franzosen in das Ruhrgebiet geschaffenen Lage zur Verfügung gestellt worden sind. Aber auch im unbesetzten Gebiet seien in zahlreichen Fällen die allgemeinen Interessen für die Kreditgewährung maßgebend gewesen.

Deutscher Reichstag

Bd. Berlin, 16. Juni.

Vor Eintritt in die Tagesordnung begrüßte Präsident den Vizepräsidenten des Reichstages Aug. Nieber (Ddp.) zu seinem 50jähr. Doktorjubiläum. Ohne Debatte beschließt das Haus die Zurückverweisung des Gesetzentwurfes über Depot- und Depositenbeschlüsse an den volkswirtschaftlichen Ausschuss.

In der Fortsetzung der Generaldebatte des Haushalts des Innenministeriums begrüßt Abg. Kunkel (Ddp.), daß die Wissenschaft in dem Staat eine so gute Förderung erfahren habe. Die Förderung der Turn- und Sportbestrebungen der Jugend sei erfreulich. Das Reichsschulgesetz greife auch in die Befugnisse der Länder ein. Dieser Mangel müsse beseitigt werden.

Abg. Dr. Nofes (S.) richtet an den Innenminister die Frage, wie es mit den aus dem Reichsarchiv verschwundenen Marineakten stehe. Der Redner fragt, ob die Frage nach den verschwundenen Akten nur deshalb nicht beantwortet werde, weil Tirpitz in dieser Angelegenheit erwähnt sei. Tirpitz solle in seiner Eigenschaft als Abgeordneter selbst vor den Reichstag treten und zu der Frage Stellung nehmen.

Abg. Böhrle (A.) findet die im Etat für die Polizei angelegten Beträge zu hoch. Abg. Frau Dr. Maq (Ddp.) betont: das neue Reichsschulgesetz müsse mehr Handhaben bieten, wertvolle und minderwertige Filme, die nur der niedrigen Schaulust dienen, zu verbieten. Das kommende Gesetz gegen die Schund- und Schmutzliteratur müsse die Möglichkeit des Verbotes jener Bücher, Zeitschriften und Ansichtspostkarten bieten, die nur auf niedrige Instinkte spekulieren.

Reichsinnenminister Schiele: In bezug auf die Jugendbildung und -erziehung ist hervorzuheben, daß in sportlicher Beziehung für die Erleichterung der Jugend gerade in letzter Zeit Fortschritte gemacht worden sind. Es ist eine Freude zu sehen, wie die deutsche Jugend ihre Charaktererziehung selbst in die Hand genommen hat. Es ist aber auch nötig, daß unsere Jugend zum rechten Staatsbewußtsein erzogen wird. Der Minister dankt dem Reichstagspräsidenten in Berlin, daß nicht nur der Reichshauptstadt, sondern dem ganzen Reich dienen solle. Andere Städte sollten dem Berliner Beispiel folgen. Wenn man die Jugend fördern wolle, so müsse man sie aber auch vor den gerade heute drohenden Gefahren der Ferkelung bewahren. Diesem Zweck sollen die kommenden Gesetze für den Schut der Jugend bei Lustbarkeiten und von der Schmutz- und Schundliteratur dienen. In bezug auf das Schulwesen stehen wir vor großen Zielen, die nicht zuletzt auf eine möglichst einheitliche Regelung der Lehrerbildung im ganzen Reich gemäß den Grundsätzen der Reichsverfassung erhteden. Zur Behebung der großen Not der Junglehrer sind im Etat eine Reihe von Millionen bewilligt worden, die Hilfe bringen werden. Die Not der Wissenschaft selbst ist durch größere Etatsummen zum Teil behoben. Eine Million Mark sind für die Förderung wissenschaftlicher und künstlerischer Zwecke eingesetzt.

Abg. Dr. Schreiber (Z.) setzt sich besonders für die deutsche Wissenschaft ein. Beseitigt werden müsse der unbaltbare Zustand, daß über den wissenschaftlichen Instituten des Reiches dauernd das Damoklesschwert des Abbaues schwebt. (Beifall im Zentrum.)

Abg. Dr. Senß (D.) wünscht, daß die Frage der Lehrerbildung rasch zur Entscheidung gebracht werde, ehe die Länder im einzelnen ihre besonderen Wege in dieser Angelegenheit gingen. Notwendig sei eine größere Betonung der Lehrerbildung in den Schulen und auch auf den Akademien (Zustimmung).

Abg. Frau Lang-Brumann (Ddp.) hebt hervor, daß die im Etat für das Theaterwesen eingesetzten Beträge nicht ausreichend seien, um den Notstand der Bühnen zu beheben. Was die Frage eines Nationalfeiertages anbelange, so könne man sich nicht auf einen Termin festlegen. Die Bauernschaft habe keine Zeit, mitten im August einen Feiertag zu begehen. In der Verfassung sei auch nicht die Rede von einer Verechtigung des Reichs, Feiertage einzuführen.

Abg. Kunkler (S.) beschäftigt sich mit einem im Herbst erscheinenden Film „Bismarck“, der Propaganda für die Monarchie und sogar für die Revanche mache. Schürmber dieses nationalstiftischen Nachwerks sei Reichspräsident von Hindenburg.

Ohne Debatte überweist das Haus an den Rechtsausschuß eine Gesetzesvorlage über die Erweiterung der Befugnisse des Reichspräsidenten und einen Antrag der Sozialdemokraten auf Vorlegung des Ausführungsgesetzes zu Artikel 48 der Reichsverfassung.

Der Ausschussantrag auf Einführung des 18. Januar als Nationalfeiertag wird im Sammel sprung mit 193 gegen 183 Stimmen abgelehnt. Gegen den Antrag stimmen Kommunisten, Sozialdemokraten, Demokraten, Zentrum und Bayerische Volkspartei.

Weitere Anträge auf Festsetzung eines Nationalfeiertages und auf Schut der Feiertage werden dem Rechtsausschuß überwiesen. Angenommen wird ein interfraktioneller Antrag, im Etat einen neuen Titel einzuführen, der für kulturelle, insbesondere kirchliche Zwecke, 1 Million Mark einsetzt.

Das Haus bewilligt den Rest des Etats des Innenministeriums in zweiter Lesung mit Ausnahme der Kapitel „Reichskommissar für die öffentliche Ordnung, Polizei und Technische Notfälle“. Über dies letztere Kapitel eröffnet Abg. Schmidt (S.) die Debatte. Der Redner will die im Etat für die Technische Notfälle eingesetzten Beträge streichen. Sämtliche Gewerkschaften hätten in einer Eingabe an die Regierung darauf hingewiesen, daß die Gewerkschaften im Falle eines Streiks die Notstandsarbeiten selbst vornehmen lassen würden. Die Nothilfe sei daher überflüssig.

Nach 7 Uhr abends vertagt sich das Haus auf Mittwoch 2 1/2 Uhr. Auf der Tagesordnung steht u. a. die erste und die zweite Beratung eines Gesetzentwurfes über die Hinausschiebung der Vermögenssteuervorauszahlungen und die Weiterberatung des Innenetats.

Politische Neuigkeiten

Vertagung der Preußenfrage

Zu dem Beschluß der Deutschnationalen preußischen Landtagsfraktion, der dahin lautet, daß die Fraktion keinen Anlaß zu erneuter Stellungnahme zur Frage der Regierungsbildung in Preußen gebe, bemerkt der „Berl. Sozialist“, daß am Samstag voriger Woche die Deutsche Volkspartei an die deutschnationale Fraktion mit der Aufforderung herangetreten sei, baldigt eine Entscheidung darüber herbeizuführen, ob die Deutschnationalen einem Kabinett gegenüber Neutralität beobachten würden, in welchem das Zentrum und die Sozialdemokraten mit zwei und die Deutsche Volkspartei und die Demokraten mit je einem Minister vertreten sein würden, und in das auch zwei den Deutschnationalen nahe stehende Beamtenminister ohne Bindung der Fraktion eintreten sollten. Durch die Stellungnahme der deutschnationalen Fraktion gilt das nunmehr als erledigt, und im Landtag neige man der Ansicht zu, daß fürs erste eine Wendung in der Regierungsbildung in Preußen kaum mehr zu erwarten sei.

Tagung des Deutschen Ostbundes

Die Bundesversammlung des Deutschen Ostbundes, die kürzlich in Stettin eröffnet wurde, gestaltete sich zu einer machtvollen Kundgebung für die deutsche Ostmark. Die zahlreich eingetroffenen Vertreter des Reiches und der Staatsbehörden wurden von Geheimrat Tilly-Berlin, der die Versammlung eröffnete, herzlich begrüßt. Der Redner dankte dem Minister Stresemann für seine Haltung in der Frage der Ostgrenzen. Nach weiteren Begrüßungen wurde die Abfassung von Telegrammen an den Reichspräsidenten und den Reichsminister beschlossen. In dem Telegramm an den Reichspräsidenten heißt es: „Bei den Verhandlungen über die Grenzfrage bitten wir, keine lebenswichtigen deutschen Interessen preiszugeben und in jedem Falle eine Festlegung hinsichtlich der Ostgrenze zu vermeiden, vielmehr mit allen Mitteln eine Abänderung der Ostgrenze zu betreiben. Die Verhältnisse im Osten sind unumgänglich. Was deutsch war, muß wieder deutsch werden.“ Am Nachmittag fand in der Jacobikirche eine ostmärkische Feiern statt, wobei Pastor Willigmann-Königsberg über „die Ostmark, ein Land deutschen Glaubens“, Professor Dr. Kauber-Breslau über „die Ostmark, ein Land deutschen Geistes“ und Oberregierungsrat von Tilly-Berlin über „die Ostmark, ein heiliges deutsches Land“ sprachen. An die Feier in der Jacobikirche schloß sich abends eine Kundgebung im Konzerthausgarten an.

Die Internationale politisch und religiös neutral gerichteter Angestelltenorganisationen

Pfingsten traten in Luxemburg die Vertreter der politisch u. neutral gerichteten Angestelltenorganisationen von Deutschland, Frankreich, Luxemburg, Belgien, Holland, Polen, der Tschecho-Slowakei und Oesterreichs zur Gründung der neutralen Angestellteninternationalen zusammen, die mit der Gründung schon mehr als eine halbe Million Mitglieder umfaßt. Der Sitz dieser Internationale wird Straßburg sein. Die Führung der Internationale liegt beim Gewerkschaftsbund der Angestellten in Berlin, dessen Bundesvorsitzender, Reichstagsabgeordneter Gustav Schneider, zum Vorsitzenden der Internationale gewählt worden ist. Vizepräsident ist der Franzose Jean Vortaller. Der Gründungskongreß soll im Herbst stattfinden. Der nächste ordentliche Kongreß wird im Herbst 1927 in Berlin zusammentreten.

Die Elektrifizierung der Schweiz

Ende Mai ds. Js. waren von 2822 Km. der schweizerischen Bundesbahnen 976 Km. elektrisch betrieben, das sind 27,4 Proz., während im Jahre 1918 nur 0,8 Proz. im elektrischen Betrieb waren. Zu dem gleichen Zeitpunkt betrug der Ausweis der elektrischen Zugführungen zur gesamten Betriebsleistung 0,04 Proz. gegen 24,7 Proz. Ende Mai 1925. Was die Rentabilität des elektrischen Betriebes betrifft, so hat man bei den verantwortlichen Stellen der schweizerischen Bundesbahnen errechnet, daß selbst bei einem weiteren Sinken der Kohlenpreise der elektrische Betrieb billiger ist, als der Dampftrieb, selbst noch bei einem Kohlenpreis von 49 Franken pro Tonne. Wenn man dazu rechnet, daß der Verkehr im Laufe der Zeit um 25 Proz. zunimmt, so könne der Kohlenpreis sogar bis auf 37 Franken pro Tonne sinken und der elektrische Betrieb sei immer noch rentabel.

Eine Marokkoabstimmung in der französischen Kammer

Die französische Kammer hat am Dienstag den Antrag, die kommunistische Interpellation über die Marokko-Politik der Regierung auf unbestimmte Zeit zu vertagen, mit 430 gegen 31 Stimmen angenommen. 83 Mitglieder der sozialistischen Kammerfraktion, sowie sieben Radikale und 10 Sozialistisch-Republikaner (Partei Painlevés) haben sich der Abstimmung enthalten. Zwei Sozialisten haben mit den Kommunisten gestimmt.

Die Ablehnung der Verhandlung der kommunistischen Interpellation ist auf Veranlassung Painlevés erfolgt, der erklärte, er könne im Augenblick auf der Kammertribüne keine Erklärung abgeben, da mit einer benachbarten Nation (Spanien) Verhandlungen eingeleitet seien, um eine Verbeifügung

zung des Friedens zu beschleunigen. Die marokkanische Frage sei eine nationale Frage ersten Ranges. Die Zukunft von ganz Nordafrika stehe auf dem Spiele. Man könne sich auf keine öffentliche Diskussion einlassen, die vielleicht Schwierigkeiten zwischen Frankreich und den benachbarten Ländern über die einzuleitenden Verhandlungen herbeiführen würden. Im übrigen sei die Regierung bereit, den abhängigen Kommissionen die nötigen Aufklärungen zu geben. Die Regierung hoffe, in sehr naher Zeit, vielleicht zu Beginn der nächsten Woche eine große Debatte über die Marokkoangelegenheit annehmen zu können.

23. Juni. Ab-el-Krim sagte in einer Unterredung mit dem Korrespondenten der „Popolo d'Italia“, was seine Absicht sei, die Soldaten der Fremdenlegion in das Rif-Berge überzutreten. Er hoffe, daß dieser Konflikt mit der Errichtung der Republik enden werde. Der Korrespondent sagt dieser Mitteilung hinzu, daß Ab-el-Krim am nächsten Tage die Unterredung mit der Regierung suchen wird und dem Korrespondenten die Versicherung gab, daß er sie selbst nach Italien befördern werde, um zu zeigen, daß er über Mittel und Wege verfüge, um der feindlichen Wladade zu entgehen.

Der Reichspräsident empfing am Dienstag eine Abordnung von Vertretern der akademischen Jugend des Reiches, Deutsch-Osterreichs, der Subanenländer und Danzigs. Der Vorsitzende der deutschen Studentenschaft überbrachte die Grüße der deutschen Studierenden Jugend. In seiner Antwort dankte der Reichspräsident für die Glückwünsche. Er gebe seiner Freude darüber Ausdruck, daß hier die Gesamtheit der deutschen Studentenschaft in all den verschiedenen Richtungen vertreten seien und ihren Willen, zum Zusammenfassen und Einigkeit Ausdruck geben. Pflegen und festigen Sie diese Einigkeit, die die Grundlage für die Zukunft unseres Volkes ist. Stellen Sie das Vaterland über die Partei, dann werden Sie, die akademische Jugend, eine bessere Zukunft unseres Volkes sehen.

Kurze Nachrichten

Zur Veröffentlichung der französischen Antwort auf die deutschen Sicherheitsvorwürfe wird jetzt gemeldet, daß die beteiligten Regierungen sich dahin geeinigt haben, die Veröffentlichung erst am Freitag morgen vorzunehmen.

Deutsch-französische Handelsvertragsverhandlungen. Wie das Pariser „Journal“ berichtet, hat der am Dienstag in Paris eingetroffene Vorsitzende der deutschen Wirtschaftsdelegation Staatssekretär v. Trendelenburg, mit Handelsminister Chaumet eine Besprechung gehabt. Der Besuch sei eine einfache Führungsnahme gewesen. Die Handelsvertragsverhandlungen werden heute wieder aufgenommen.

Vertagung der Flagenfrage. Der Parlamentsdienst der Zentrumspartei stellt als Ergebnis der Reichstagsdebatte vom Samstag fest, daß von einer großen Mehrheit dem Wunsch Ausdruck gegeben worden sei, die Flagenfrage zunächst aus den politischen Erörterungen auszulassen. Damit sei für absehbare Zeit dieser Streitpunkt, der so viele innere Unruhen schaffe, zu den Akten gelegt worden, was besonders für die Beziehungen der Parteien und der Bevölkerungsgruppen zueinander ein großer Erfolg sei.

Austritt der sachsenburgischen Regierung. In der ersten Sitzung des neuartigen sachsenburgischen Landtages erklärte am Dienstag Ministerpräsident v. Fink, daß das Kabinett, um klare Verhältnisse zu schaffen und um seiner Selbstachtung willen zurückzutreten. Über die Bildung eines parlamentarischen Kabinetts sind die Parteien noch zu keiner Einigung gelangt. Nach einer Erklärung des Zentrumsvorsitzenden soll jedoch eine Einigung für die nächsten Tage zu erwarten sein.

Verlängerung der Schonfrist für die Vermögenssteuerverauszahlung. Der Steuerausschuß des Reichstages beschloß, den Reichstagen die abermalige Verlängerung der Vorauszahlungsfrist der Vermögenssteuer bis zum 15. August vorzuschlagen.

Die Übersiedlung des Nuntius Pacelli nach Berlin. Zu der Meldung, daß Nuntius Pacelli, der bisher die Nuntiatoren in München und Berlin versehen hatte, nunmehr nach der Ernennung des neuen Nuntius für München, Erzbischof Basilio di Tarregrossa, am Sonntag, den 20. Juni nach Berlin übersiedeln werde, erzählt die „Germania“, daß die dauernde Übersiedlung des Nuntius Pacelli nach Berlin erst Mitte August erfolgen werde.

Der Prozeß Brandt und Küchenmeister. Der bereits angeführte 2. Prozeß gegen den Oberleutnant z. S. a. D. Brandt und den Fabrikanten Küchenmeister aus Freiberg i. S. wird den Wärdern zufolge am Montag, den 22. Juni vor dem Staatsgerichtshof in Leipzig beginnen.

Ablehnung Dr. Gumbels als Sachverständiger im 2. Thelara-Prozeß. Wie aus Leipzig gemeldet wird, ist Dr. Gumbel als Sachverständiger im zweiten Thelara-Prozeß abgelehnt worden. Als Grund für die Entscheidung des Staatsgerichtshofs zum Schutze der Republik wird angegeben, daß aus dem bekannten Beschluß der Heidelberger Philosophischen Fakultät in der Angelegenheit des Disziplinerverfahrens gegen Dr. Gumbel zum mindesten zu erkennen sei, daß diesem für die Beurteilung der hier in Rede stehenden Fragen der notwendige Grad der Objektivität fehle.

Die Absperrung in der Holzindustrie. Wie der „Vorwärts“ mitteilt, sind von den 100 000 Holzarbeitern, die in den von der Absperrung betroffenen Bezirken beschäftigt sind, insgesamt 28 000 Arbeiter ausgesperrt. Diese Zahl dürfte wahrscheinlich noch eine Steigerung erfahren, da z. B. im Rhein-gebiet und im Bergischen Land die Absperrung für Donnerstag angeordnet ist.

Genehmigter Fadelzug in Saarbrücken. Wie aus Saarbrücken gemeldet wird, hat die Regierungskommission den aus Anlaß der Jahrauslandsfeier geplanten Fadelzug, den sie ursprünglich verboten hatte, nachträglich auf die Vorstellungen des Festsausschusses hin genehmigt.

Die deutsche Einheitskurzschrift in Osterreich. Wie die österreichische Regierung dem Reichsministerium des Innern mitteilt, beabsichtigt das österreichische Bundesministerium für den Unterricht, die deutsche Einheitskurzschrift im dortigen Schulunterricht einzuführen, sobald die notwendigen Übergangseinrichtungen und Umstellungskurse beendet sein werden.

Ein tschechisches Ausreiseverbot. Nach einer Meldung des „Vorwärts“ wurde dem Obmann des Deutschen Lehrerbundes in der Tschecho-Slowakei die Teilnahme an der Tagung des Deutschen Lehrervereins in Hamburg verboten, mit der Begründung, daß die Tagung für die tschechischen Schulen infolge der wesentlichen anderen Verhältnisse keine Bedeutung habe.

Das neue belgische Kabinett kann nach Wärdern gemeldet werden. Es setzt sich zusammen aus fünf Katholiken, fünf Sozialisten und zwei außerhalb des Parlaments stehenden Persönlichkeiten mit liberalen Tendenzen: Ministerpräsident und Wirtschaft wird Bouclé (Kath.), Außenminister Randerwilde.

Badischer Teil

Badischer Landtag

23. Karlsruhe, 17. Juni.

Nach fast 6 wöchiger Pause hat das Plenum des Landtags heute vormittag seine Arbeiten wieder aufgenommen. Präsident Dr. Baumgartner eröffnete die Sitzung mit der Bekanntgabe der neu eingegangenen Regierungsmittelungen, Anträge und Besuche. Die Verlesung nahm längere Zeit in Anspruch.

Nach Eintritt in die Tagesordnung wurden zwei kurze Anfragen erledigt. Abg. D. Mayer-Karlsruhe (Dnt.) fragte nach dem Stande der Ermittlungen über

die Zwischenfälle anlässlich der Reichspräsidentenwahl am 28. April.

Generalstaatsanwalt Dr. Hafner antwortete: Die Staatsanwaltschaften berichteten über bedeutungslose Zwischenfälle im Offenburger und Mosbacher Bezirk. Eine größere Schlägerei fand in Mannheim zwischen Insassen von Propagandaautos statt. Auch von Gifttät wurde eine Schlägerei gemeldet. Schwere Zusammenstöße ereigneten sich im Zusammenhang mit der Reichspräsidentenwahl in Karlsruhe und zwar am 28. April in der Turmstraße und nach dem Wahltage im Jirkel. Ein erbitterter Kampf spielte sich am 28. April in Göttingen bezw. am Ortseingang von Durlach ab, wobei ein Angehöriger der rechtsgerichteten Kreise getötet und mehrere Personen erheblich verletzt wurden. In allen diesen Fällen wurden Ermittlungsverfahren eingeleitet. Wegen der Durlacher Vorgänge schwebt die gerichtliche Voruntersuchung.

Ministerialrat Dr. Baer erklärte namens des Ministeriums des Innern, es bestehe kein Anlaß, anzunehmen, daß die Polizeibehörden über die ihnen bekannt gewordenen Vorkommnisse nicht sofort Meldung erstattet haben. Die Ergreifung vorbeugender Maßnahmen sei Sache der örtlichen polizeilichen Dienststellen.

Der sozialdem. Abg. Paebler stellte die Anfrage, wie sich die Regierung zur

Einführung des fremdsprachlichen Unterrichts an den Volksschulen

und der damit verbundenen Störung ihrer inneren Einheit verhalte.

Darauf erwiderte namens des Unterrichtsministeriums Ministerialrat Dr. Ober. Bestrebungen, den fremdsprachlichen Unterricht einzuführen, wurden festgesetzt in Karlsruhe, Pforzheim, Schwenningen, Rajstätt und Zell a. S. Die Bürgerausschüsse von Karlsruhe und Schwenningen haben abgelehnt. Sonst steht die Entscheidung noch aus. Die Unterrichtsverwaltung wird auf dem Boden des Schulgesetzes die Genehmigung zur Einführung des fremdsprachlichen Unterrichts erteilen, sofern ein Bedürfnis vorliegt.

Es folgte der Bericht des Geschäftsbearbeitungsausschusses über die Anträge des Justizministers bezw. des Generalstaatsanwalts auf

Aufhebung der Immunität des kommunikativen Abgeordneten Ritter.

Es handelt sich um Vollstreckung der durch Urteil des Amtsgerichts Radolfzell vom 4. Dez. v. J. gegen Redakteur Jakob Ritter in Mannheim wegen Verleumdung des sozialdem. Landessekretärs Reinhold erkannten 6 wöchigen Gefängnisstrafe.

Die Genehmigung hierzu wurde gemäß dem Ausschuhentwurf verweigert. Eine längere Aussprache entspann sich über den Antrag auf Aufhebung der Immunität des Abg. Ritter zwecks Strafverfolgung wegen Übertretung des Pressegesetzes. Der Berichterstatter Abg. Wittemann (Zentr.) stellte den Antrag, die Genehmigung zu verweigern. Abg. Ritter hatte als Geschäftsführer der „Mannheimer Arbeiterzeitung“ das Pflichtvergehen einer unrichtigen Vorberichterstattung erwiesen. Es wurden darin dem Innenminister Klemme und verschiedenen sozialdemokratischen Führern Briefe unterworfen, die sich als absolute Fälschung herausstellten. U. a. war auch der Name Marx genannt worden. Der sozialdemokratische Fraktionschef bezeichnete den Urheber wie auch den Verbreiter der Fälschung als ganz gewöhnlichen Lumpen. Es äußerten sich zu der Angelegenheit ferner die Abg. Bod (Komm.) und Mayer-Karlsruhe (Dnt.), der Generalstaatsanwalt Dr. Hafner und

Minister Klemme.

Rehrer gab seinem Bedauern über den Beschluß des Ausschusses Ausdruck. Der Abg. Ritter habe sich bewußt an einem Unternehmen beteiligt, das darauf angelegt war, anlässlich der bevorstehenden Reichspräsidentenwahl einen Einfluß auf die Wählererschaft auszuüben, an einem Unternehmen, das von A bis Z schwindelhafte Unterlagen hatte. Es war der prächtig gemordene Versuch, den badischen Innenminister in dieser Eigenschaft und als Mitglied der sozialdemokratischen Partei vor aller Welt bloßzustellen. Wenn der Reichstag und die Länderparlamente ihre Praxis mit Bezug auf die Immunität nicht ändern, so ist jeder Mensch schutzlos und die Feststellung der Wahrheit nicht möglich. Ritter hat gewußt, was er will. Man sieht einen Schwindler auf; der Verfolgung kann man sich als Abgeordneter jahrelang entziehen und der Minister steht dem wehrlos gegenüber. Es sind dies Tatsachen, die sich immer wiederholen und schämen wird sich der Minister dagegen leisten. Endes nur können durch ein längeres Verbot der „Arbeiterzeitung“.

Abg. Maier-Heidelberg (Soz.) richtete scharfe Worte gegen den Wahlwindel. Mit der Immunität werde Schindluder getrieben. Das Gesetz sei gemacht worden für Menschen, die noch etwas auf Treu und Glauben halten. Der Redner ist für Zurückverweisung der Sache an den Ausschuh.

Abg. Rieger (Zentr.) dagegen beantragte, dem Gesuch um Strafverfolgung Folge zu geben.

Abg. Wittemann (Zentr.) wies darauf hin, daß für den strafrechtlichen Inhalt des Blattes der als Redakteur zeichnende Reichstagsabgeordnete Kengler verantwortlich sei. Die Einleitung eines Strafverfahrens hänge von der Entscheidung des Reichstages ab. Der Redner trat für den Ausschuhbeschluß ein, desgleichen der Vorsitzende des Geschäftsbearbeitungsausschusses, Abg. D. Mayer-Karlsruhe (Dnt.).

Justizminister Trunk bemerkte, daß bei der Beurteilung des Strafmaßes für die preßgesetzliche Übertretung die Fälschung vom Richter sehr wohl mitzuziehen werden kann.

Innenminister Klemme verwies auf den agitatorischen Erfolg, den der Schwindel haben könne. Die Parlamente werden sich anders einstellen müssen, wenn eine bewußte Übertretung berart in Erscheinung tritt.

Abg. Dr. Glöckner (Dem.) erklärte sich im Hinblick auf die Darlegungen des Justizministers für die Zurückverweisung an den Ausschuh, ebenso der volksparteiliche Abg. Weber.

Nach kurzen Bemerkungen des Berichterstatters folgte die Abstimmung. Der Antrag auf Zurückverweisung der Sache an den Ausschuh wurde mit 32 gegen 23 Stimmen abgelehnt und mit 39 gegen 13 Stimmen bei 11 Stimmenthaltungen die Genehmigung zur Strafverfolgung erteilt.

Abg. Schneider-Heidelberg (Ztr.) berichtet darauf über den Gesetzentwurf für

Änderung des Verwaltungsgesetzes.

Die Vorlage fand ohne wesentliche Debatte in beiden Lesungen mit der Änderung Annahme, daß Tagesjagdpässe auch

an im Inland wohnende Personen, nicht nur an Ausländer, ausgestellt werden können. Das Haus erteilte sodann dem Kultus- und Unterrichtsministerium einstimmig die Ermächtigung im Benehmen mit dem Finanzministerium und vorbehaltlich der Einstellung im Nachtrag zum Staatsvoranschlag über die Summe von 162 000 M. zur

Errichtung einer Tuberkuloseheilstätte an der Freiburger Universitätsklinik

zu verfügen. An dem Bau beteiligt sich auch die Stadt Freiburg, während für die Inneneinrichtung bekanntlich eine Stiftung der amerikanischen Freunde (Quäker) bestimmt ist. Gegen 1 Uhr vertagt sich das Haus auf nachmittags 1/4 Uhr.

Die Elektrifizierung der badischen Bahnen

Die Reihe der Vorträge im Architekt- und Ingenieurverein in Karlsruhe, welche Reichsbahndirektor Meier eingeleitet und Direktor Dr. Ing. Wihert von Brown, Robert & Co., K.-G. in Mannheim, im Oberbayerischen Elektrotechnischen Verein Karlsruhe fortgesetzt hatte, schloß Dr. Ing. E. Caspari, Profurist bei der gleichen Firma, bei letzterem Verein am 12. ds. Mts. durch nähere Ausführungen über Wasserkraft-Generatoren größter Leistungen und Großkraftübertragung. Es wird darüber berichtet:

Nach einleitenden Worten über die volkswirtschaftlichen Gründe für die Konzentrierung der Energieerzeugung in großen Kraftwerken und über die entscheidende Rolle, welche die Elektrotechnik bei der Ausnützungsmöglichkeit der Wasserkraft spielt, wies der Vortragende auf die starke Entwicklung hin, welche die Versorgung der Industrie und Landwirtschaft durch Großkraftwerke, insbesondere unter dem Druck der Kriegsjahre genommen hat. Dagegen sei die Elektrifizierung der Reichsbahnen im Gegensatz zu anderen Ländern besonders in Baden noch im Anfangsstadium, obwohl ökonomische Energieumsetzung und sparsamer Verbrauch in Steinkohle im volkswirtschaftlichen Interesse liege und geradezu eine Lebensnotwendigkeit für Deutschland sei. Gerade in Baden mit seinen außerordentlich ergiebigen Wasserkraften am Oberrhein und im Schwarzwald, sowie mit seinem starken Jughverehr seien die Bedingungen für die Einführung des elektrischen Jughverehrs gegeben.

Der Vortragende behandelte dann im ersten Teil seiner Ausführungen die technische Ausführung moderner großer Wasserkraft-Generatoren und wies darauf hin, daß die größten Rahngeneratoren in Europa (12 000 kVA bei 166 Touren/Min. das respektable Gewicht von ca. 290 Tonnen besitzen und daß natürlich zur betriebssicheren Herstellung solcher Generatoren umfangreiche Erfahrungen gesammelt werden müßten. Die größte ausgeführte Leistung von Wasserkraftgeneratoren seien in Europa 30 000 kVA Maschinen mit 460 Umdrehungen/Minute, welche von Brown, Robert für Italien geliefert wurden. Eine Reihe von Lichtbildern beleuchtete die Ausführung solcher großer Generatoren, welche je nach den Wasserverhältnissen in gewohnter horizontaler Ausführung oder mit vertikaler Achse als sogenanntem Schirmgenerator gebaut werden. Die hydraulischen Eigenschaften der Wasserturbinen bedingen eine sehr sorgfältige Konstruktion der rotierenden Teile der Generatoren, welche in der Fabrik in besonderen Schmelzöfen mit der höchsten zu erwartenden Drehzahl auf ihre Festigkeit geprüft werden. Auch die Statoren der Generatoren stellen große Anforderungen an den Erfindungsgeist der Elektroingenieure, da die Eigenschaften des Bahnbetriebs außerordentlich hohe Beanspruchungen bezüglich Kurzschluss- und Isolationsfestigkeit verursachen. Große Generatoren mit Spannungen bis zu 17 500 Volt sind in einwandfreiem Betrieb.

Die Übertragung großer Leistungen auf weite Entfernungen macht ferner die betriebsfähige Erstellung großer Transformatoren nötig, auf deren charakteristische neuere Entwicklung der Vortragende weiterhin einging. Auch hier wurde an Hand einer Reihe von Lichtbildern gezeigt, mit welchen Mitteln man die Umfassung großer Energiemengen bei großen Spannungen beherrscht.

Im dritten Kapitel schließlich wurde die Entwicklung der modernen Hochspannungsfestanlagen behandelt; auf diesem Gebiet ist die Brown, Robert & Co., K.-G. in Mannheim durch die Entwicklung der Galleinstationen mit verfertigten Umschaltern, welche den betriebsmäßigen Vorteil großer Übersichtlichkeit haben, bahnbrechend vorgegangen. Auch über moderne Ausführungen von Freiluft-Umspannstationen wurde an Hand von Erfahrungen im Betrieb berichtet.

Durch diese Vorträge würde der Nachweis geliefert, daß einerseits die Rentabilität des elektrischen Betriebs der badischen Hauptbahnen gegeben und andererseits der Maschinenbau und die Elektrotechnik, insbesondere auch die badischen Industrien in der Lage sind, die dabei auftretenden Probleme einwandfrei auf Grund umfangreicher Erfahrungen zu beherrschen. Der letzte Vortragende schloß mit dem Hinweis, daß jeder dazu berufen sei, an der Erreichung des großen und volkswirtschaftlich sehr wichtigen Zieles mitzuarbeiten und daß es an der Zeit sei, energisch in Richtung der Bahn-elektrifizierung vorzugehen.

Belämpfung der Trockenheit durch Großfeld-Beregnung in Baden

Unter Mitwirkung des Kulturbauamtes in Karlsruhe wurde auf dem ehemaligen Flugplatz bei Rastatt eine Wassergewinnungsanlage für eine Stundenleistung von 150 Hm. geschaffen. Diese Wassermenge wird aus 12 Meter Tiefe geholt und durch eine Großfeld- und Hochdruck-Beregnungsanlage der Laninger Regner Aktiengesellschaft Frankfurt a. M. abgelassen auf dem Gelände gleichmäßig verteilt.

Nach den Plänen des Ingenieurs Karl Ludwig Laninger wurde erstmalig eine bisher für unmöglich gehaltene Wellenlänge von 300 Meter Länge und Wellenbreite von 12 bis 13 Meter praktisch erfolgreich erzielt. Diese, das Wasser gleichmäßig verteilende Welle wird zur Zeit Tag und Nacht in dem Gelände zwischen der Bahnlinie Karlsruhe-Baden-Baden und dem Rhein auf die Fluren gewälzt. Es werden dort die von dem Gutsbesitzer Josef Weber Baden-Dos und Baden-Baden nach amerikanischem Muster eingerichteten Plantagen bei der großen Hitze dauernd genügend feucht gehalten, so daß sich durch Zusammenwirkung von Hitze, Wasser und Dünger ein sehr üppiges Wachstum entfaltet.

Das Leitungssystem ist mit Laninger-Schnellpumpen ausgerüstet. Die Hochdruck-Turbinenpumpe, erbaut von Klein, Schanlin & Beder in Frankfurt (Hals) wird durch einen Schwerkraft-Motor der Deutschen Werke in Kiel angetrieben.

Somit kann sich Baden rühmen, als erstes süddeutsches Land, mit die stärkste Feld-Beregnungsanlage Europas zu besitzen.

Weinbau

Das Badische Weinbauinstitut in Freiburg gibt folgendes bekannt: In die abgehende Weinblüte muß erneut mit arsenhaltigen Kupferpräparaten gespritzt werden, dabei sind vor allem die verblühten Gewächse mit dem Spritzwasser zu besprühen. Man verwendet wieder 1%ige Kupferkalkbrühen (Kupferazetat, Nassperal) mit 150 g Uranigrün-(Zinnoxid) etc.) zu

sch aber man spricht mit 1,5%iger Kobryrasen-Kalkbräse. Wo sich der Mehltau auch nur in Spuren zeigt sofort nach dem Spritzen schwefeln.

Der Badische Industrie- und Handelstag

Der Badische Industrie- und Handelstag hat in seiner Präsidialkonferenz am 18. Juni in Badenweiler zur Frage der Tabaksteuer folgende Entschliessung gefasst:

Bei der überaus trostlosen Lage, in der sich zurzeit das badische Tabakgewerbe befindet, droht eine Erhöhung der Tabaksteuer das Tabakgewerbe empfindlich zu schädigen und zum Teil den Bestand der vor allem in Baden hochentwickelten Tabakindustrie ernstlich in Frage zu stellen. Schon bisher mussten viele Unternehmungen dieser Branche Betriebs-einsparungen vornehmen, Feuerschichten einlegen und Arbeiter entlassen. Infolge des damit verbundenen Rückganges an sonstigen direkten und indirekten Steuern und die mangelsäufig eintretende Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung hat eine weitere Anspannung der Tabaksteuer daher volkswirtschaftliche Schäden und finanzwirtschaftliche Nachteile im Gefolge, die besser vermieden werden. Der Badische Industrie- und Handelstag spricht sich mit Rücksicht auf diese Verhältnisse mit allem Nachdruck gegen eine Erhöhung der Tabaksteuer aus.

Eine längere Entschliessung wurde auch zur badischen Gebäudesteuer angenommen. Es wird darin ausgeführt, dass die Steuer, für deren Bemessung die Friedenssteuerwerte der gewerblichen Gebäude ohne Rücksicht auf den Ertrag der Unternehmungen den Maßstab bilden, in ihrer derzeitigen Ausgestaltung als eine ungewöhnlich drückende Sonderbelastung der gewerblichen Unternehmungen darstelle. Bei dem Ertrag der für die Gebäudesteuer grundlegenden reichsgesetzlichen Bestimmungen sei die Einbeziehung der gewerblichen Gebäude nicht beabsichtigt gewesen. Der Badische Industrie- und Handelstag halte deshalb an seinem Verlangen nach Freistellung der gewerblichen Gebäude von der Gebäudesteuer fest. Gegen eine Erhöhung dieser Steuer und im Zusammenhang damit eine wesentliche Überbürdung der Steuerlast auf die gewerblichen Betriebe wird protestiert. Für einzelne Industrie- und Handelsgewerke, deren gebäudesteuerpflichtiges Grundvermögen einen hohen Prozentsatz des gesamten Betriebsvermögens ausmacht, wäre die Wirkung geradezu katastrophal. Auch in der Begründung zu den neuen Reichsteuerverordnungen wird ausdrücklich bargelegt, dass die derzeitige Lage der deutschen Wirtschaft unbedingt einen Abbau der steuerlichen Belastung zur gebieterischen Pflicht macht. Gerade der Handel und die Industrie Badens seien durch die Kriegesfolgen und Inflation sowie den Auftrieb geschädigt worden, nur ihre steuerliche Entlastung könne die Möglichkeit geben, wieder einen wirtschaftlichen Wohlstand zu schaffen und damit die Quelle zu erschließen, aus der die Mittel zur Förderung des Wohnungsbaues fließen können.

Baden und die Stuttgarter Landwirtschaftsausstellung

Die badische Landwirtschaft beteiligt sich in größerem Umfang an der großen Ausstellung der deutschen Landwirtschaft, die in Stuttgart vom 18.-23. cr. stattfindet, so die Tierärztliche Abteilung der Badischen Landwirtschaftskammer mit einer Anzahl Schweine, Ziegen und Geflügel, die Tabakabteilung, die Abteilung Pflanzenbau mit einer Sonderausstellung der Tabakanbauversuche auf dem Versuchsgut Forchheim, die Weinbauabteilung mit 20 badischen Weinforten. Für den Besuch der Ausstellung hat die Reichsbahn eine Anzahl Fahr-bergünstigungen gewährt.

Gemeinde-Rundschau

Aus dem Kreisrat Offenburg. Die Stadt Offenburg beschäftigt den Ankauf einer Motorfeuerpritze, die auch für die ländlichen Gemeinden bei Bekämpfung von Bränden herangezogen werden soll. Die in Betracht kommenden Gemeinden haben aber einen Kostenbeitrag, der von ihnen angefordert wurde, abgelehnt. Darauf hin hat der Kreisrat beschlossen, der Stadt Offenburg zu den Kosten mit 26.000 Mark einen Kreditzuschuss von 5.000 Mark in Aussicht zu stellen, da der Kreisrat der Ansicht ist, dass die Anschaffung einer Motorfeuerpritze durch die Stadt Offenburg im Interesse der umliegenden Gemeinden nur zu begründen sei. — An Stelle des verstorbenen Kreisratsabgeordneten Karl Wagner aus Offenburg hat die Kreisratspartei für den Kreis Offenburg, da auf der Wahlberechtigtensliste kein Ersatzmann mehr steht, den Professor Dr. Albert Verle aus Offenburg bestimmt. — Der Kreisrat hat folgende Beträge bewilligt: Für die Frauenausschule in Offenburg M. 400.— und für die Wanderverbände in Rehl M. 400.—, in Gostlach und Wolfach je 300.— und in Gengenbach 100 Mark.

Das umgebaute Heibelberger Stadttheater wurde am Samstag mit der Aufführung von Ulrichs „Rosa Hedemund“ vor geladenen Gästen seiner Bestimmung übergeben.

Bürgermeisterwahl in Kilsheim. Der dritte Wahlgang der Bürgermeisterwahl in Kilsheim bei Laubersbichsheim am Sonntag lag gleich den beiden früheren Wahlgängen ergebnislos verlaufen. Es wird somit für die Gemeinde von der Regierung ein Bürgermeister bestellt werden müssen.

Die Freiburger Kurhausfrage. Der Stadtrat Freiburg i. Br. hat und seither nicht mehr zurückgekehrt ist. Indessen konnte Villa Balaudo in ein Kurhaus umzuwandeln, beschäftigt, ist aber zu der Überzeugung gekommen, dass die Stadt im Hinblick auf die für den beabsichtigten Zweck wenig geeignete Lage des Anwesens dem Projekt nicht näher treten kann.

Aus der Landeshauptstadt

Kirchliche Ehrung. In Anerkennung seiner langjährigen und erfolgreichen Tätigkeit im geistlichen Amt hat die evang. Kirchenregierung Herrn Stadtpfarrer Franz Rohde an der Christuskirche hier zum Kirchenrat ernannt.

Erhebung des fünften Oasenbedens. Der Stadtrat Karlsruhe hat in seiner letzten Sitzung beschlossen, den Bürgerausschuss zu ersuchen, seine Zustimmung dazu zu geben, dass die bereits im Jahre 1919 beschlossene Erhebung eines fünften Bedens im Rheinhafen nebst Verbreiterung des Stichkanals nunmehr in Wälde zur Ausführung gelangt.

Amerikanischer Empfang in Stuttgart. Die Beamten des amerikanischen Konsulats in Stuttgart wünschen — wie uns geschrieben wird — die Namen und Adressen von amerikanischen Staatsangehörigen, welche in Württemberg und Baden wohnen, sowie von amerikanischen Besuchern, welche am 4. Juli in Stuttgart sein werden. Die Namen werden getrennt, um Einladungen zu einem Empfang, welchen die Konsulatsbeamten in Stuttgart den amerikanischen Staatsangehörigen in Stuttgart der Bezirk am Unabhängigkeitstage zu geben beabsichtigen, zu versenden.

Abfällenscheiden auf der Straße. Vor etwa drei Monaten kam die 60-jährige Frau eines hiesigen Geschäftsmannes infolge Ausruhmens über einer Apfelweinschale auf dem Gehweg zu Fall und zog sich einen Oberschenkelbruch zu, an dessen Folgen sie die Frau jetzt im Krankenhaus gestorben.

Bahnhygienische Ausstellung. Der während der großen Karlsruher Ausstellung für Bahnhygiene (vom 5. bis 18. September) stattfindende Bahnhygienewettbewerb unter den Karlsruher Kindern findet nicht nur in den Fachkreisen, sondern auch in den weitesten Kreisen des Publikums begeisterte Aufnahme. Es sind bis jetzt schon zwecks Verteilung von Preisen an die Kinder für bestgeflegte Bahne über 1000 Mark gestiftet worden. In den letzten 8 Tagen sind auch 14 weitere Anmeldungen bedeutender Firmen des In- und Auslandes zur Beteiligung an der Ausstellung eingegangen, so dass mit einem großen Erfolg gerechnet werden kann.

Der neue Fünfsigmar-Rentenbankchein. Anstelle des bisherigen wird ein neuer Rentenbankchein über 50 Rentenmark in den Verkehr gebracht, dieser datiert vom 20. März 1925, ist 85 x 165 mm groß und auf weissem, mit einer gemusterten Rückseite versehenem Papier gedruckt. Das rechteckig im Papier eingefasste Wasserzeichen stellt Götterkämpfe und Szenen in ornamentaler Verarbeitung dar. Die Rückseite dieses Wasserzeichens wird durch die lachende Färbung des Papierstreifens, der Kupferbraune und grüne Fasern enthält, erhöht. Auf der Vorderseite befindet sich rechts ein 40 mm breiter Rand, der in seinem oberen Teil die Bezeichnung „50 Rentenmark“ enthält. Im Bildfeld rechts befindet sich ein von einer schmalen Röhre umgebenes braungetöntes rechteckig eingerautes Kopfbildnis eines Landarbeiters, wovon die Zahl 50 steht.

Badisches Landestheater. Am Freitag, den 19. Juni wird Smetana's komische Oper „Die verkaufte Braut“, die im vorigen Jahre neuinszeniert wurde, wieder in den Spielplan aufgenommen. Die musikalische Leitung hat Kapellmeister Schenke übernommen. Die Partie der Marie wird von Fr. Franz gesungen. Die übrige Besetzung ist die gleiche wie im Vorjahr. Am Sonntag, den 21. ds. Mts. kommen unter der musikalischen Leitung des Herrn Staatskapellmeisters Lotze Wagner's „Meisterfänger von Nürnberg“ mit Herrn Kammer-sänger Wiltner als Hans Sachs zur Wiederholung. Die Partie des Eudens wird wiederum von Fr. Stecher gesungen. Die übrige Besetzung ist die gleiche wie zuvor.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe vom 17. Juni, 8 Uhr morgens. Die gestern über der Nordsee lagernde Cyclone ist in südlicher Richtung nach Mitteldeutschland gezogen und hat in Skandinavien und in Skandinavien Verwirbelung und vielfach Regenfälle bei kühlen westlichen Winden gebracht. Südwestdeutschland bleibt am Lande und der Cyclone mehr unter Hochdruckeinfluss, jedoch das trockene, meist heitere Wetter anhält. Ein Ende der Trockenperiode steht daher für unser Land noch nicht bevor. Voraussichtliche Witterung für 18. Juni: etwas kühl, und nur vorübergehend leichte Bewölkung, keine nennenswerten Regenfälle, windig aus West.

Kurze Nachrichten aus Baden

Dr. Heibelberg, 12. Juni. Die Stadterhebung hat dem Verfasser des Schauspiel „Alt-Heideberg“, dem Schriftsteller Wilhelm Meyer-Förster in Berlin-Grunewald, in einem herzlichen Glückwunschtelegramm zum heutigen Geburtstag die Erneuerung zum Ehrenbürger mitgeteilt. Heute Abend geht im Stadttheater das weltbekannte Stück, durch das sich Heibelberg für immer mit dem leider erblindeten Dichter verbunden führt, als Festvorstellung über die Bühne.

Dr. Heibelberg, 15. Juni. In der Nacht vom Samstag auf Sonntag wurde die Probefestung des Reichs beim Weiblinger Wehr vorgenommen. Die der Inszenierung ist nach einer Witterung des Panamas nicht nachteilig bemerkt worden, sowohl im Strombett als auch bei den Kanalbauten. Am Dienstag und Mittwoch wird das Wasser wieder auf den normalen Stand abgelassen und von Donnerstag früh ab kann die Schiffahrt auf dem freien Reichs zur Entwidlung. Eine feierliche Eröffnung des Werkes wird im August stattfinden.

Dr. Bruchsal, 15. Juni. Wie die „Bruchsaler Zeitung“ meldet, wurde der 25. Jahre alte Kaufmann Hugo Winterhalter von hier, der in Lippenweiler in Stellung war, am 2. Juni auf der Straße nach Juffenhofen — also im unbefestigten Gebiet — plötzlich von französischer Polizei erschossen und in einem Auto nach einem unbekanntem Orte verschleppt. Man vermutet, dass er in die Fremdenlegion verbrocht worden ist.

Dr. Ettlingen, 16. Juni. Wie das Rheinland, so kann auch die Stadt Ettlingen ein tausendjähriges Jubiläum feiern. Denn vor 1000 Jahren wurde Ettlingen von Kaiser Otto I. dem Mark- und damit wohl auch das Stadtrecht verliehen, nachdem es vorher schon 1000 Jahre lang eine Ansiedlung von Kelten, Germanen, Römern, Welfen und Franken gewesen war. Aus Anlass dieses Jubiläums hat sich die Stadtverwaltung dazu entschlossen, zusammen mit dem Verband „Badische Heimat“ Räumlichkeiten im Schloss herzurichten zu lassen und in ihnen ein Museum für die Altertümer des ganzen Bezirks zu errichten.

Offenburg, 10. Juni. Auf Einladung des Mietervereins sprach im großen Saale der Michelhalle Oberpostinspektor Hans-Karlruhe über Bodenreform- und Hypothekenfragen. Dem Redner wurde mit großer Aufmerksamkeit gefolgt und sein Vortrag mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Die Versammlung nahm einstimmig eine Entschliessung an, in der für die Befreiung unserer Wohnungswesen folgende Richtlinien aufgestellt werden: Förderung des Kleinwohnungsbaues, besonders in der Form der „Reichsheimstätte“, Schaffung eines Bodengesetzes zur Sicherung des deutschen Bodens gegen Spekulation (Bodenreformgesetz), Trennung von Boden und Bau für die Hypothekenbelegung, keine Dauererschuldung, nur Tilgungshypotheken auf Boden und Bau. Bei Durchführung dieser Forderungen könne eine Grundbesitzreform werden, die es ermöglicht, das deutsche Volk mit dem Boden, der Quelle aller Arbeit, alles Lebens, wieder in enge Verbindung zu bringen, auf das es für die so wichtige Aufbauarbeit im Innern gestärkt wird.

Dr. Offenburg, 15. Juni. Der Geschäftsführer des Verkehrsvereins Offenburg, Dr. Suttig Groß ist letzten Samstag mit erheblicher Mehrheit vom Gemeinderat zum Bürgermeister der Stadt Württemberg ernannt. Er war ein Jahr Geschäftsführer des hiesigen Verkehrsvereins, Verkehrssekretär a. D., früher in verschiedenen Reichsministerien beschäftigt.

Dr. Freiburg i. Br., 14. Juni. Das Ausschließen des Kreisgouverneurs für Luftschiffahrt hat einen schweren Unfall gebracht. Kaufmann Karus war aufsteigen und in die Höhe des Rostwäldes gefahren, wo er in eine Falltür geriet und abstürzte. Der Apparat überlag sich zweimal und stellte sich auf den Kopf. Der Pilot wurde in seinem Apparat eingeklemmt aufgefunden. Er hatte über dem linken Auge eine starke Wundwunde. Beide Unterschenkel waren gebrochen. Der Verunglückte hat kurz nach seiner Entlassung ins Krankenhaus um 7.15 Uhr abends. Die anderen Piloter bewährten ihre Leistungen in fabelhaften Sturzflügen, in Loopings, Vorwärts- und Rückwärtsflügen und zeigten erstaunliche Fertigkeiten im Abhängen von kleinen Ballons. Bei den Passagierflügen war die Teilnahme, besonders der Damenwelt, auffallend.

Dr. Freiburg, 15. Juni. Das Baden im Oberelbe und im Bodensee hat in den letzten Tagen zahlreiche Menschenleben gefordert. So ertranken in Siedingen am Fronleichnamstage zwei Schüler beim Baden im Rhein, am gleichen Tage in Rheinfelden zwei junge Arbeiter. Am gestrigen Sonntag kamen in Konstanz zwei weitere Personen beim Baden ums Leben, darunter ein 22-jähriger Schüler des Konstanzener Jägerbataillons. Weitere Todesfälle beim Baden kamen in verschiedenen Bädern vor.

Dr. Konstanz, 16. Juni. Der Mörder Erich Mayer, der seinerzeit auf Buchhof den Gutsbesitzer Schäfer ermordet hatte und dann nach Österreich geflüchtet und in Kärnten in Klagenfurt verhaftet worden war, wurde am letzten Samstag von den österreichischen Behörden ausgeliefert und in das Konstanzener Untersuchungsgefängnis überführt.

Dr. Stuttgart, 16. Juni. In der Streikbewegung in der Holzindustrie hat der Schlichtungsausschuss Stuttgart, trotzdem von Arbeitgeberseite dessen Zuständigkeit wegen der stattgehabten Zentralverhandlungen bestritten wurde, einen Schiedsspruch gefällt, der ab 28. Mai einen Lohn von 88 Pf. vorsieht (von den Arbeitnehmern wird ein Stundenlohn von 1 M. verlangt) künftbar frühestens mit 14 tägiger Frist auf 15. August. Die Erklärungsfrist für beide Parteien läuft bis zum 19. Juni. Die Parteien haben noch keine Stellung genommen.

Dr. Friedrichshafen, 13. Juni. In den ersten Tagen des Juni sind 25 Jahre vergangen, seitdem Graf Zeppelin die ersten Fahrten mit dem Luftschiff unternommen hatte. Friedrichshafen gedenkt aus diesem Anlass eine Gedächtnisfeier zu veranstalten, wogu Einladungen an einer Reihe hervorragender Persönlichkeiten des öffentlichen und des wirtschaftlichen Lebens, der Wissenschaft und Technik ergehen werden. Aus besonderen Gründen wird die Feier aber nicht Anfang Juli, dem eigentlichen Gedenktag, sondern erst Ende August stattfinden.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	17. Juni		16. Juni	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	168.58	168.96	168.59	169.01
Kopenhagen 100 Kr.	79.58	79.78	79.53	79.73
Italien . . . 100 L.	16.06	16.10	16.19	16.23
London . . . 1 Pf.	20.377	20.429	20.388	20.440
Newyork . . . 1 D.	4.19	4.21	4.19	4.21
Paris . . . 100 Fr.	20.08	20.14	20.03	20.09
Schweiz . . . 100 Fr.	51.455	51.655	51.43	51.63
Wien 100 Schilling	59.057	59.197	59.054	59.194
Wrag . . . 100 Kr.	12.42	12.46	12.428	12.468

Zuteilung überall 100 Prozent

Badische Bank

Im Geschäftsbericht für 1924 wird u. a. ausgeführt: Unser in Gold und Devisen zur Notendruckung angelegtes Eigenkapital lag den größten Teil des Jahres brach, da wir erst auf Grund des Privatnotenbankgesetzes vom 30. August 1924, das am 11. Oktober 1924 in Kraft getreten wurde, mit der Ausgabe von auf Reichsmark lautenden Noten beginnen konnten. Nach diesem Gesetz ist unser altes Friebsprivileg prinzipiell erhalten geblieben. Unser Notenausgaberecht beläuft sich auf 27.000.000 RM., das steuerfreie Notentontingent auf 10.800.000 RM. Die Dauer dieses Privilegs ist zunächst bis 1. Januar 1935 festgelegt. Es kann ab dann von 10 zu 10 Jahren unter Einhaltung einer einjährigen Kündigungsfrist durch die Reichsregierung mit Zustimmung des Reichsrats die Befugnis zur Notenausgabe ganz oder zum Teil aufgehoben werden, ohne dass daraus ein Anspruch zur Entschädigung entsteht. Nach § 3 des Privatnotenbankgesetzes wird jedoch bis zur Beendigung der Liquidation der Deutschen Rentenbank das jeweilige Recht der Notenausgabe für die Gesamtheit der vier Privatnotenbanken innerhalb der durch § 3 Absatz 1 festgelegten Höchstgrenze für jedes Kalendervierteljahr auf 8% vom Hundert des in den Reichsbankausweisen des vorangegangenen Kalendervierteljahres ausgewiesenen durchschnittlichen Umlaufs an Reichsbanknoten bemessen. Die Aufstellung des Notenumlaufs unter den vier Privatnotenbanken erfolgt nach einem durch Gesetz festgelegten Schlüssel. Die für die Beschränkung des Notenumlaufs der Privatnotenbanken bestimmte Frist kann von der Reichsregierung mit Zustimmung des Reichsrats und im Einvernehmen mit dem Reichsbankdirektorium verlängert werden. Wir geben der Hoffnung Ausdruck, dass von dieser Möglichkeit der Währung der Frist Gebrauch gemacht wird, damit wir in unserem heimatischen Wirtschaftsgebiet die dringend verlangten höheren Kredite zur Verfügung stellen können.

Unser Notenausgaberecht wurde bemessen: am 23. Oktober 1924 auf 14.527.255 RM., am 13. November 1924 auf 17.773.889 RM., am 10. Januar 1925 auf 19.728.137 RM., am 17. März 1925 21.851.357,48 RM. Im Paragraph 4 des Privatnotenbankgesetzes wurde die geringste Summe, auf die unsere Reichsmarknote lauten darf, auf RM. 50.— festgesetzt; unserem Wunsche, die geringste Summe auf 20 RM. festzusetzen, wurde leider nicht Rechnung getragen. Wir haben nach Fertigstellung unserer auf 50 RM. lautenden Noten Mitte November 1924 mit deren Ausgabe begonnen und unser Notenausgaberecht war in kurzer Zeit voll genützt. — In den langwierigen und oft schwierigen Verhandlungen, die dem Erlass des Privatnotenbankgesetzes vom 30. August 1924 vorausgingen, hat uns die Badische Regierung stets bereitwillig und nachdrücklich unterstützt, wofür wir der Badischen Regierung zu stetem Dank verbunden sind.

Von dem uns von der Deutschen Rentenbank gewährten Kredit von insgesamt RM. 9.000.000 hatten wir den auf Handel, Industrie und Handwerk entfallenden Anteil von RM. 1.600.000 der Deutschen Rentenbank am 31. Dezember 1924 heimgezahlt. Der restliche, auf die Landwirtschaft entfallende Kredit von RM. 7.400.000 ist in drei Jahresraten bis 30. November 1927 abzurufen.

Wir schlagen vor, als Dividende für das abgelaufene Geschäftsjahr auf die Vorzugsaktie von 1500 Papiermark 30 Reichsmark; auf die Stammaktien von 300 Papiermark 2 Reichsmark; auf die Stammaktien von 1500 Papiermark 2 Reichsmark zu verteilen.

Die Reichsmarköffnungsbilanz weist unter den Vermögenswerten auf: Kassenbestand: Geldbestand 5.595.505,15 Mark, Deutsche Scheidemünze 5825,49 M., Noten anderer Banken 64.266,24 M., eigene Banknoten 700 M., zusammen 5.669.296,83 M. Deckungsfähige Devisen 2.815.327,84, Wechselbestand abzüglich Rücklagen 54.816.984,90, sonstige Devisen 647.468,06, Lombardforderungen (lt. § 14, 3 b, c und d des Bankgesetzes) 40.000. Effektenbestand: Eigene Wertpapiere 637.887,45, Konto-Korrent-Guthaben: Infall-, Giro- und sonstige Guthaben 16.118.618,41, Grundstücke: Gebäude in Mannheim und Karlsruhe 400.000 RM.

Unter den Passiven erscheinen neben dem von 24,9 Mill. RM. auf 8 Mill. RM. umgesetzten Aktienkapital Rücklagen mit 1,7 Mill. RM., als Gesamtbetrag der in den Betrieb gegebenen Banknoten 17.771.117,89, Guthaben der

Giro- und Konto-Korrent-Kläubiger 45 038 415.65, als Darlehen der Deutschen Rentenbank 7 400 000, als Beamten-Unterstützungskasse 100 000, als ausgleichende Dividende 413 000 M.M. — Die Generalversammlung findet am 22. Juni statt.

Badische Landwirtschafts-A.G. Bekanntlich sind die noch im Umlauf befindlichen Papiermarken der Badischen Landwirtschafts-A.G. für Ein- und Verkauf von Waren zur Abgeltung in Reichsmarknoten einzuweisen. Die Frist war bereits am 15. Dezember letzten Jahres abgelaufen. Demnach wird für nicht eingewechselte Schecks Kauflosklärung beantragt werden.

Holzverarbeitungsindustrie A.G. Konstanz. Die Gesellschaft verteilt für 1924 6 Proz. Dividende, gegen 15 Proz. im Jahre 1914. Der Reingewinn beträgt netto 817 405 M.M. und brutto 8 470 000 M.M. Außer der bereits genannten Stammdividende werden noch 7 Proz. Vorzugsdividende verteilt und 20 000 Mark für Wohlfahrtszwecke verwendet. Löhnen und Gratifikationen werden diesmal nicht ausgewiesen. Durch den Mehrverbrauch der Bevölkerung an Holzbrand waren die Verkehler zeitweise nicht genügend mit Holz versorgt und zu geringem Betrieb gezwungen, die Raffinade-Stellen dagegen waren immer voll beschäftigt. Für das laufende Geschäftsjahr waren die Absatzverhältnisse in allen. Erzeugnissen bisher zufriedenstellend.

Bellstoff-Waldhof. Der Aufsichtsrat der Bellstoff-Fabrik Mannheim-Baldhof hat beschlossen, der am 1. Juli 1925 stattfindenden o. G.-V. die Verteilung einer Dividende von 6 Prozent sowohl für die Stammaktien, als auch auf die im Verkehr befindlichen Vorzugsaktien, Lit. B., in Vorschlag zu bringen.

Nachener-Münchener Feuer- und Lebensversicherungsgesellschaft. In der am 3. Juni 1925 abgehaltenen Aufsichtsratsitzung der Nachener und Münchener Feuer- und Lebensversicherungsgesellschaft in Nachen wurde beschlossen, der zum 20. Juni 1925 einberufenen Generalversammlung für das 100. Geschäftsjahr 1924 die Verteilung einer Dividende von 12 Prozent auf das eingezahlte Kapital vorzuschlagen. Der Gesamt-Reingewinn beträgt M.M. 1 275 196.67.

Verschiedenes

Eisenbahnzug in Nordamerika

Wie aus Nordport (New Jersey) gemeldet wird, entgleiste ein aus 10 Wagen bestehender Zug, der hauptsächlich mit Reisenden besetzt war, die sich auf dem Wege nach New York befanden, um sich zu einer Vergnügungsfahrt nach Deutschland einzuschiffen, während eines heftigen Unwetters morgens gegen 11 Uhr. Der Zug war von Chicago nach Hoboken unterwegs, wo sich die Mehrzahl der 180 Reisenden, meist Amerikaner, auf den Dampfer Republik zur Fahrt nach Deutschland einschiffen wollten. Die Zahl der Todesopfer beträgt 38. Nach Ansicht der Eisenbahnbeamten ist die Entgleisung durch einen Dammbruch infolge heftigen Regens verursacht worden. Von den deutschen Passagieren des Zuges sind 126 mit einem besonderen Zuge nach Hoboken befördert worden, wo sie an Bord der „Republik“ gingen, welche eine Stunde später den Hafen verließ. Die Überlebenden loben die aufopfernde Hilfsbereitschaft der in der Nähe wohnenden Farmer, die wenige Minuten nach der Katastrophe an der Unfallsstelle eintrafen. Eine große Anzahl der Verunglückten wurde beim Scheitern

der Laternen von den Farmern und ihren Arbeitern, unter den Trümmern hervorgezogen. Die Verunglückten gehörten einer Reisegesellschaft von 250 Personen an, die zur Kaiserjubiläumfeier des Rheinlandes nach Koblenz fahren wollten und von dort Reisen nach München, Stuttgart, Frankfurt a. M. und Mainz beabsichtigten.

Japanischer Flug Tokio-Paris

Nach einer Meldung der Russischen Telegraphen-Agentur hat der für Anfang Juli geplante Flug japanischer Flieger von Tokio nach Paris über Moskau früher begonnen, da die Japaner die Luftexpedition Moskau-Mongolei-China beabsichtigen. Die Expedition hat heute Witkowsky Nowo Nikolajewsk in der Richtung auf Irkutsk verlassen.

Bücheranzeigen

Lübeck, Mecklenburg, Schleswig-Holstein (Deutsche Ostsee-Küste I). 290 Seiten, 8°, mit 21 Karten, 26 Plänen und 4 Grundrissen. Gebd. 4 M.M. Aus der Sammlung „Meiers Reisebücher“ des Bibliographischen Instituts in Leipzig. — Der aus dem früheren Bande „Ostseebäder“ hervorgegangene Führer ist ein ganz neues Buch geworden. Es behandelt die Ostseeküste von der Hinterpforte bis zum Rübener Binnensee, einschließlich ihres Hinterlandes, und bringt auch einen kurzen Abschnitt über Hamburg. Mit seiner reichhaltigen reichen Ausstattung an übersichtlichen, zum Teil farbigen Karten und Plänen wird dieser neue, in jeder Beziehung auf den jetzigen Stand getragene Reiseführer dem Reisenden, Wanderer und Wasserportier, ebenso, wie dem Badegast ein nützlicher und angenehmer Begleiter sein.

Unsere Monatsausgaben:
Modenschau
Moderne Toiletten — Deutsche Modelle
Wiener Chic — Trés Chic
Praktische Schneiderkleider
Telephon 4325

Schnittmuster für alle Modelle erhältlich

Lyons

Schnittmuster und Modezeitungen

Generalvertreter für Baden:
Otto Widmann, Karlsruhe, Kaiserpassage 42-52
Abonnenten erhalten Rabatt

Unsere Saisonausgaben:
Lyons Modenalbum
Mantel- und Kostümalbum
Blusen - Neuheiten — Moderne Hüte
Ballalbum — Kinderalbum u. a.
Postscheckkonto Karlsruhe 19757

Maschinenfabrik Badenia

vorm. Wm. Plag Söhne, A.-G., Weinheim i. Baden.

Vermögensübersicht am 31. Dezember 1924.

Vermögen.		
Gelände und Gebäude	M. 1 250 000.—	
Zugang abzgl. Abschrb.	59 453.93	1 309 453.93
Fabrik-Einrichtungen	M. 700 000.—	
Zugänge abzgl. Abschrb.	212 523.86	912 523.86
Wechsel		4 784.87
Devisen	£ 120.17.3.—	2 394.75
Barbestand, Guthaben bei der Reichsbank und Scheckamt		22 244.39
Guthaben bei Abnehmern u. s. w.		739 446.92
Vorschuße an Montierer		1 189.73
Bestände an: Rohstoffen, Hilfsstoffen, Erzeugnissen, Futtermittel		2 676 604.27
		5 668 642.72
Verpflichtungen.		
Kapital	M. 2 420 000.—	
Genußscheine	560 000.—	
Zehlschuldverschreibungen	87 142.50	
Reservefonds	245 000.—	
Guthaben der Lehrlinge für Sicherheitsabzüge	1 891.58	
Vorausichtlicher Unfallber.-Beitrag	10 000.—	
Forderungen u. Lieferer einschl. Bankschuld	2 066 729.25	
Laufende Akte	115 201.27	
Beamten- u. Arbeiter-Unterstützungsfonds	47 304.40	
Dispositionsfonds	50 000.—	
Sparguthaben Angestellte und Arbeiter	11 673.00	
Reingewinn	53 700.72	
		5 668 642.72
Gewinn- und Verlustrechnung.		
Aufwand.		
Abschreibungen	M. 93 352.—	
Wechsel und Buchzinsen	203 318.83	
Handlungs-Unkosten	1 044 973.79	
Alters- und Invalid.-Versicherung	17 452.96	
Krankentasse	27 733.72	
Zuschußtasse	5 113.11	
Unfallversicherung	14 807.73	
Verbrauch an Futtermitteln	3 063.58	
Reingewinn	53 700.72	
		1 463 516.44
Ertrag.		
Rohgewinn	M. 1 463 516.44	
		1 463 516.44

Zufolge Beschlusses der General-Versammlung vom 8. ds. Mts. wird der Überschuss in Höhe von M. 53 700.72 auf neue Rechnung vorgetragen.

Bei der Wahl des Aufsichtsrats wurden folgende Herren gewählt:

Herr Kommerzienrat und Bankdirektor Dr. Karl Jahn, Mannheim,
Herr Bankdirektor Hermann Wischer, Frankfurt a. M.,
Herr Konjul Paul Baus, Mannheim,
Herr Fabrikant Ernst Nischling, Mannheim,
Herr Fabrikant Max Heinrich von Seubert, Mannheim,
Herr Ingenieur Wilhelm Plag, Weinheim.

Weinheim, den 8. Juni 1925.

Der Aufsichtsrat: Paul Baus, W. Plag, H. v. Arndt, G. Jacobson.

In einem Flugblatt an die hiesigen Frauen, Mütter und Familienväter setzt sich der Dampfmolkenbesitzer Cito Schwarz dafür ein, daß der Milchpreis auch in Karlsruhe herabgesetzt werden soll. Er erklärt sich zum Preis von 82 Pf. bereit. In der Einleitung bezeichnet er als Grund, warum der Milchpreis in Karlsruhe noch 86 Pf. beträgt, daß die Badische landw. Hauptgenossenschaft und die von ihr abhängige Milchhändlergenossenschaft an dem jetzigen Milchpreis festhalten möchte. Wir betonen demgegenüber, daß wir durchaus damit einverstanden sind, wenn die Stadt Karlsruhe die Milch aus ihrer städtischen Zen-

trale billiger abgibt und durch Organisationsänderungen dafür sorgt, daß sie die Milch so billig abgeben kann. Uns als landwirtschaftlicher Organisation kann billigerweise nicht zugemutet werden, daß wir in diesem Augenblick einer beginnenden großen Milchknappheit in Baden die Milchpreiserhöhung herbeiführen durch einen Druck auf die Milchproduzenten, deren Interessen uns anvertraut sind. Im übrigen stellen wir fest, daß die städt. Milchzentrale in der Jähringer Straße mit uns in keinerlei Abrede eingetreten ist wegen der Frage der Herabsetzung des Milchpreises. Wohl aber haben wir der Stadtverwaltung Karlsruhe schon längere Zeit angeboten, daß wir das eine Fünftel, das die städtische Milchzentrale noch für die Stadt Karlsruhe liefert, mitarbeiten wollen, nachdem wir vier Fünftel der Milch für Karlsruhe liefern. Es dürfte jedem Konsumenten klar sein, daß der doppelte Verwaltungsapparat nicht geeignet ist, den Milchpreis abzusinken. Leider ist die Stadtverwaltung unserem Vorschlag nicht näher getreten, weil sie zu Unrecht befürchtet, daß wir im Besitze der gesamten Milchmenge die Stellung zu ungunsten der Konsumenten ausüben würden. Wir sind bereit, die städt. Milchzentrale zu pachten, den großen städt. Apparat abzubauen, und zwar ohne Haß, Günst und Ansehen der Person, und dann den Milchpreis abzusinken. Die Stadtverwaltung möge hier nach dem Rechten sehen!

Wir legen Verwahrung dagegen ein, daß von einer Geschäftsstelle aus, Jähringerstraße 45, Telephon Nr. 5294, einer Einrichtung, die de jure uns zu 50 Prozent gehört, in dieser überhöhten Weise gegen unseren geschäftlichen Ruf agitiert wird. Der Herr Dampfmolkenbesitzer Otto Schwarz ist hierzu am wenigsten legitimiert. Das öffentliche Untersuchungsamt (Leitung Herr Prof. Dr. Gomonow) hat die Buttermilchlieferungen der städt. Milchzentrale in der Jähringerstraße vom 20. September bis 10. Oktober 1924 kontrolliert und an 17 Butterproben festgestellt, daß sie strafbar gewässert waren. Der Durchschnitt der Wässerung betrug 27 Proz., die zulässige Grenze ist 16 Prozent. In einem Falle wurden 36 Prozent Wassergehalt festgestellt. Die dieserhalb gegen die Leitung der Milchzentrale, Jähringerstraße, eingeleiteten Verfahren wurden eingestellt, weil die Leitung glaubhaft geltend machte, daß die Butter in diesem Zustand von dem Dampfmolkenbesitzer Otto Schwarz geliefert worden war und sie an dem Verkauf dieser Butter schuldlos eine Fahrlässigkeit treffe. Bei den Umständen der städt. Milchzentrale handelt es sich um monatlich 40 Zentner Butter im Durchschnitt. Der hiesigen Bevölkerung, deren Interessen sich der Dampfmolkenbesitzer Otto Schwarz jetzt so sehr annimmt, wurden damals in der Beobachtungszeit 11,80 Zentner Wasser statt Butter geliefert.

Wir können unter diesen Verhältnissen nur bebauern, daß Herr Schwarz die Genehmigung zum Milchhandel erhalten hat.

Badische landwirtschaftliche Hauptgenossenschaft
c. G. m. b. H.
Karlsruhe, Lauterbergstraße 3.

Eheanbahnung
Streng reell — Gegr. 1911
Frau Rosa Morasch, Karlsruhe
Kaisersstr. 64 III — Teleph. 4239

Kaufstern
von Matrassen und
Divans etc. sowie Neu-
anfertigung liefert reell u.
billig E.368
Albert Ernst, Tapezier
Steinstraße 21.

**Detektiv u. Privat-
Auskauf**
"Argus" Mannheim
O. 6. 6.
Planke 9. 47
Fernspr. 3305
A. Maler & Co., G. m. b. H.

Metallbetten
Stahlmatt., Kinderbett, direkt
an Private, Katalog 78 R. frei.
Eisenmöbelfabrik Sahl (Ehrh.)
E.365



BAUBUND-MÖBEL

HERVORRAGEND
IN FORM & GÜTE
kaufen Sie am besten beim
BAD. BAUBUND
G. M. B. H.
KARLSRUHE
Karl-Friedrich-Strasse 22
am Rondellplatz
TAGL. GEÖFFNET
VON 8 1/2 - 12 1/2 UND 2 - 6 1/2 UHR

Wer Chauffeur
werd. will evtl. praktisch
kosten od. gering. Unkosten
erh. Informationen durch
die neuesten Auto- und
Chauffeur-Nachrichten, Ver-
ein NW 6. Freiprospekt
gegen Rückporto. E.147

**Schicht- und Papierholz-
Versteigerung.**
Das Forstamt Herrenwies
in Forbach (Baden) ver-
steigert am Mittwoch, den
24. Juni 1925, vormittags
10 Uhr, im Gasthaus zum
Auerhahn in Herrenwies
aus den Domänenwaldun-
gen bei Herrenwies, Hunds-
bach und Erbersbrunn:
52 Ster Buchen, 685 Ster
Nadelholz; 18 Ster Buch-
en, 227 Ster Nadelholz;
92 Ster Buchen und 46
Ster Nadelholz, sowie
155 Ster Papierholz. Das
Holz wird vorgezeigt durch
die Oberförstwart Dingler
und Merkel in Herrenwies
(Post Bühlertal), Bau-
meist und Herzog in Hunds-
bach (Post Bühlertal), sowie
Förstwart Wittmann in
Erbersbrunn (Post For-
bach). E.947

**Badisches
Landestheater**
Donnerstag, 18. Juni 1925.
E. 26, Ab.-Gem. 1001-1800

Der Aredireits
Spiel in fünf Akten nach dem
Chinesischen von Rabind-
ranth von S. Schiller
In Szene gef. von A. Volkmann
Musikal. Leitung: M. Schlager

Personen:
Tschang-Gaitang Moeller
Frau Tschang Noorman
Tschang-Ling Dahler
Tong Höder
Pao v. d. Teern
Ma Semach
Hu-pet Sübner
Tschang-Hong Herz
Eine Hebamme Genter
Zwei Kulis Ober u. Maier
Polizist Kienhsch
Gerichtsbdiener Altan
Soldaten Lang
Meier

Die Stadtgemeinde Rhein-
felden (Baden) sucht zum als
baldigen Eintritt E.494

zwei Schulleute
welche die Volksschule mit
Erfolg besucht haben.
Bewerbung erfolgt nach
Gruppe IV/V der Reichs-
schulgesetzgebung.
Bewerbungen mit Le-
benslauf, Lichtbild und
Zeugnissen sind bis 25. Juni
1925 beim unterzeichneten
Bürgermeisteramt einzu-
reichen.

Rheinfelden (Baden),
den 13. Juni 1925.
Bürgermeisteramt:
Vogel.

Ein Dikt
Ein Blumenmädchen Ebers
Ein Dichter Groß
Rezeptionsmeister Kienhsch
Ein Kurier van Santen
Ein Helfer Schreiber
Dessen Gefährte Lindemann
Anfang 7 Ufr Ende 10 Ufr
Spezif I 4.90